

Wiesbaden, 30. Oktober 2019

Einbringungsrede

des Hessischen Ministers der Finanzen

Dr. Thomas Schäfer

zum Entwurf des Landeshaushalts 2020

„Nachhaltig. Sicher. Klug.“

Der Haushalt 2020 macht ein starkes Hessen noch stärker.“

– Es gilt das gesprochene Wort –

Sperrfrist: Redebeginn

Anrede,

es ist noch kein halbes Jahr her, dass wir in diesem Haus den Nachtragshaushalt 2019 auf den Weg gebracht haben. Umso mehr freut es mich, dass ich Ihnen bereits heute auch den Entwurf der Landesregierung zum Haushalt 2020 und zur neuen mehrjährigen Finanzplanung bis 2023 vorstellen darf.

Beide unterstreichen, dass diese Landesregierung die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen annimmt und aktiv gestaltet. Sie setzt in den zukunftsrelevanten Feldern der Landespolitik deutliche inhaltliche Schwerpunkte und Akzente. Nachhaltig, sicher, klug – ist hierbei das, was diesen Landeshaushalt im Besonderen auszeichnet.

Der Haushalt 2020 wahrt dabei die notwendige Balance zwischen dem klaren politischen Gestaltungswillen und einer generationengerechten Finanzpolitik. Das Land wird daher auch im kommenden Jahr wieder alte Schulden in Höhe von 100 Mio. Euro zurückzahlen und für künftige Pensionslasten vorsorgen.

Und schließlich trägt der Haushalt 2020 auch der aktuellen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Rechnung. Die vorgesehenen Maßnahmen, etwa für die Kommunen, haben das Ziel dazu beizutragen, dass die aktuelle Konjunkturdelle in Deutschland auch tatsächlich nur eine Delle bleibt.

Das alles zeigt: der Landeshaushalt war in der vergangenen Legislaturperiode bei der von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN getragenen Landesregierung in guten Händen. Und er ist es auch bei der neuen schwarz-grünen Landesregierung!

Anrede,

das Haushaltsjahr 2020 ist unter verschiedenen Gesichtspunkten ein besonderes Jahr. Es ist das erste Jahr, in dem die Vorgaben der Schuldenbremse aus Hessischer Verfassung und Grundgesetz verbindlich greifen. Mit dem von der Landesregierung vorgelegten Haushaltsentwurf halten wir nicht nur die Vorgaben der Schuldenbremse ein, wir planen sogar, 100 Mio. Euro alte Schulden zu tilgen!

Gleichzeitig ist das Jahr 2020 das erste Jahr, in dem die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen zum Tragen kommt. Besonders prominent erkennen Sie das daran, dass Sie den bisherigen Länderfinanzausgleich im Haushalt und in der Finanzplanung nicht mehr als „Ausgabe“ finden werden.

Aber auch die Starke Heimat Hessen ist letztlich das Ergebnis dieser Neuordnung. Das Land wird dabei bekanntlich alle Mittel aus dem Wegfall der erhöhten Gewerbesteuerumlage ausschließlich seinen Kommunen belassen. In der oftmals hitzigen Diskussion über die Starke Heimat wird dabei gerne die Funktion dieser Umlage unterschlagen: Sie war ein Ausgleich für die Belastungen des Landes im Finanzausgleich auf Grund der hohen Gewerbesteuereinnahmen der hessischen Kommunen. An dieser strukturellen Belastung hat sich auch durch die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen nichts Wesentliches geändert. Dennoch verzichtet das Land – trotz eigener Finanzierungsbedarfe – vollständig auf diesen Ausgleich. Die hessischen Kommunen werden damit zum eigentlichen Gewinner der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen.

Anrede,

ein Letztes will ich mit Blick auf das Jahr 2020 noch anmerken. Im Rahmen des Nachtragshaushalts 2019 haben wir uns vor allem darauf konzentriert, den Haushalt an die zwischenzeitlich eingetretenen Veränderungen und den Neuzuschnitt der Ressorts anzupassen. Inhaltlich haben wir im Bereich der Digitalisierung einen ersten Schwerpunkt gelegt. Wir haben dabei aber immer wieder betont, dass wir mit der Umsetzung der ehrgeizigen Maßnahmen des neuen Koalitionsvertrags im Jahr 2020 beginnen werden.

Dieser Ankündigung tragen wir mit dem Haushaltsentwurf 2020 Rechnung. Die Landesregierung gibt damit den Startschuss für eine neue Zukunftsoffensive in dieser Legislaturperiode.

Anrede,

wie Sie sicherlich wissen, hat sich der gesamtwirtschaftliche Hintergrund, vor dem die Aufstellung des Haushalts 2020 erfolgt, eingetrübt. Vor allem die anhaltenden Handelskonflikte und die Unsicherheiten über den BREXIT belasten die Konjunktur. Wir müssen davon ausgehen, dass die hohen Wachstumsraten der vergangenen Jahre erstmal nicht wieder erreicht werden.

Dieses Bild zeichnet auch die aktuelle Herbstprojektion der Bundesregierung. Diese geht davon aus, dass die Wirtschaft in diesem Jahr nur noch um 0,5 % und im kommenden Jahr um rd. ein Prozent wächst.

Aktuell sitzen die Steuerschätzer von Bund und Ländern zusammen und prüfen, welche Auswirkungen das schwächere Wachstum für die öffentlichen Haushalte in den kommenden Jahren haben wird. Ich bin wie Sie gespannt auf die Ergebnisse. Gleichwohl bin ich einigermaßen zuversichtlich, dass wir im aktuellen Haushalt auf der sicheren Seite sind. Diese Einschätzung ist dabei nicht etwa meinem unerschütterlichen Optimismus geschuldet, der praktisch qua Amt jedem Finanzminister eigen ist. Sie ist stattdessen Folge einer bewussten Entscheidung bei der Haushaltsaufstellung. Wir haben damals von dem Ergebnis der Mai-Steuerschätzung aus Vorsichtsgründen einen Sicherheitsabschlag in Höhe von 100 Mio. Euro vorgenommen. Dadurch haben wir jetzt einen Puffer, um etwaige negative Auswirkungen der Herbststeuerschätzung aufzufangen. Es zahlt sich damit auch an dieser Stelle aus, dass wir auf Solidität, statt auf die schnelle Schlagzeile setzen!

Anrede,

ich habe bereits darauf hingewiesen, dass wir mit dem Haushaltsentwurf 2020 kräftig in die Zukunftsfelder der Landespolitik investieren. Ein besonderes Augenmerk legen wir hierbei auf den Klimaschutz, für den wir bis 2023 insgesamt mindestens 900 Mio. Euro bereitstellen. In dieser beachtlichen Summe sind allerdings noch nicht die Beträge enthalten, die aus der Umsetzung des Klimaprogramms der Bundesregierung auf das Land entfallen.

Derzeit werden die Detailfragen – gerade auch zu den Belastungswirkungen – zwischen Bund und Ländern geklärt. Die Erwartungshaltung der Länder haben die Ministerpräsidenten Ende letzter Woche ja deutlich und nachvollziehbar formuliert. Es ist das gemeinsame Ziel aller Beteiligten, das vorliegende Gesetzespaket zur Umsetzung des Klimaprogramms bis Ende des Jahres auf den Weg zu bringen. Angesichts der immensen Herausforderungen, vor die uns der Klimawandel stellt, ist eine rasche Umsetzung des Klimaprogramms – bei allen notwendigen Detailerörterungen in der Sache – in unser aller Interesse. Nur dadurch haben wir eine Chance, unseren Beitrag zur notwendigen Begrenzung der Treibhausgasemissionen zu leisten und die Schöpfung zu bewahren.

Hessen hat im Bereich des Klimaschutzes seit jeher eine Vorreiterrolle eingenommen. Dieser Rolle werden wir auch jetzt wieder mit dem Landeshaushalt 2020 gerecht. Als erstes Bundesland beginnen wir damit, die mobilitätsbedingten Emissionen der Landesverwaltung durch den Kauf von CO₂-Zertifikaten klimaneutral zu stellen.

Es ist der schwarz-grünen Landesregierung ein besonderes Anliegen, Ökonomie und Ökologie miteinander in Einklang zu bringen. Das sehen Sie zum Beispiel auch beim Frankfurter Flughafen, einer der zentralen Lebensadern unseres Landes. Wir fördern mit dem Haushalt 2020 den Bau einer Pilotanlage zur Herstellung von synthetischem Flugbenzin (PTL-Anlage) und den Aufbau eines Kompetenzzentrums für Klima- und Lärmschutz im Luftverkehr.

Das, meine Damen und Herren, ist verantwortungsvoller Klimaschutz, der zudem unsere ökonomischen Interessen und Belange im Blick behält: auch hierfür tragen wir nämlich Verantwortung!

Anrede,

mit dem Haushalt 2020 stellen wir auch die Weichen für noch mehr Sicherheit in Hessen. Insgesamt schaffen wir über 650 neue Stellen bei Polizei und Justiz. Darin enthalten sind allein 250 neue Stellen für den Polizeivollzug und 40 Stellen für die Wachpolizei. Zudem investiert das Land in die Auswerte- und Analysefähigkeit sowie in die Ausstattung der hessischen Polizei. Denn wir wollen, dass unsere Polizistinnen und Polizisten bei der Erfüllung ihrer äußerst anspruchsvollen Aufgaben im Dienst unserer Gesellschaft bestmöglich geschützt sind.

Daneben legen wir ein besonderes Augenmerk auf den Justizbereich. Wir setzen daher u. a. das Justizaufbauprogramm fort. Von den hierfür etatisierten 160 Stellen sind 27 Stellen für Richter sowie 23 Stellen für Staatsanwälte vorgesehen und wir intensivieren auch hier unsere Anstrengungen zur Nachwuchsgewinnung. Zudem stärken wir den Justizvollzug um weitere 70 Stellen und verbessern die Sicherheit im Justizvollzug, etwa durch die Ersatzbeschaffung von Transportfahrzeugen.

Anrede,

ein – im positiven Sinne – „Dauerbrenner“ sind in Hessen die Ausgaben für Bildung und Forschung. Auch hier setzen wir mit dem Haushalt 2020 und dem Finanzplan bis 2023 besondere Akzente und investieren wieder massiv in den Bildungs- und Forschungsstandort. Wir sichern die 105%-ige Unterrichtsversorgung durch zusätzliche Lehrerstellen und intensivieren die Lehrkräftegewinnung. Zudem erhöhen wir die Zahl der sozialpädagogischen Fachkräfte und treiben den Ausbau der Ganztagsangebote weiter kräftig voran. Wir schaffen auch die Voraussetzungen dafür, dass die Bildungssprache Deutsch durch eine zusätzliche Deutschstunde in der Grundschule gezielt gestärkt wird. Alles in allem sind das über 900 Stellen, die den Schulen in Hessen im kommenden Jahr zusätzlich zu Gute kommen.

Für die Hochschulen erhöht sich allein im kommenden Jahr die Grundfinanzierung um rd. 39 Mio. Euro. Zudem erhalten sie mit dem neuen Hessischen Hochschulpakt für die Jahre 2021 bis 2025 Planungssicherheit. Bei der Berechnung des Hochschulpakts gab es weitere Verbesserungen für die Hochschulen, denn es wurde eine gleichbleibende Zuwachsrate von 4% auf einer breiteren Bemessungsgrundlage vereinbart. Wir stärken damit nachhaltig die Hochschullandschaft in Hessen. Dazu trägt im Übrigen auch bei, dass wir ab

dem Jahr 2021 die für die Fortsetzung des Bund-Länder-Hochschulpakts erforderlichen Kofinanzierungsmittel zusätzlich zur Steigerung des eigenen Hochschulpaktes bereitstellen, das ist unter den Ländern beileibe keine Selbstverständlichkeit.

Mit dem Haushaltsentwurf wird der Bereich der Digitalisierung nochmals gestärkt. Nachdem wir bereits mit dem Nachtragshaushalt 2019 begonnen haben, die Digitalisierung des Landes weiter zu forcieren, legen wir jetzt noch einmal eine ordentliche Schippe drauf. Allein im Rahmen des Programms Digitale Schule Hessen stellen wir in einer gemeinsamen Kraftanstrengung von Bund, Land und Kommunen bis zum Jahr 2024 insgesamt fast 500 Mio. Euro für den Ausbau der digitalen Infrastruktur an hessischen Schulen bereit.

Zudem werden die Ansätze der Digitalen Strategie Hessen ressortübergreifend um 24 Mio. Euro aufgestockt. Das Gesamtbudget wird im Jahr 2020 somit auf einen Betrag von rd. 86 Mio. Euro anwachsen. Zusätzliches Geld gibt es zudem für die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes und das E-Justice-Programm.

Anrede,

eine besondere Herzensangelegenheit ist mir auch die Sicherung der Leistungsfähigkeit der hessischen Steuerverwaltung. Wir haben daher bereits im Nachtragshaushalt 2019 umfangreiche Maßnahmen auf den Weg gebracht, um unsere hervorragende Steuerverwaltung zukunftsfest aufzustellen. Diesen Weg setzen wir auch mit dem neuen Haushalt fort. Dazu zählt etwa die Einstellung von weiteren 800 Anwärtern im Jahr 2020. Zudem schaffen wir die stellenmäßigen Voraussetzungen, um für die effiziente Umsetzung der Grundsteuerreform gewappnet zu sein! Und an dieser Stelle sei auch an die Einrichtung der Forschungsstelle zur Anwendung Künstlicher Intelligenz erinnert: In einem Forschungsvorhaben mehrerer Wissenschaftler und unserer IT-Spezialisten soll dort der Frage nachgegangen werden, wie wir Künstliche Intelligenz einsetzen können, um große Datenmengen, wie sie beispielsweise bei den Panama Papers anfallen, auszuwerten. Wir bauen also auch die Digitale Steuerfahndung weiter aus.

Last but not least sorgen wir mit dem Haushaltsentwurf 2020 auch dafür, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt in Hessen gewahrt bleibt. Wir erhöhen deshalb zum Beispiel die Ansätze für das ehrenamtliche Engagement und schaffen zusätzliche Ausbildungskapazitäten an der Landesfeuerweherschule.

Eine Maßnahme möchte ich in diesem Kontext allerdings besonders hervorheben. Das Land wird sich in den kommenden beiden Jahren mit insgesamt 7 Mio. Euro an der Errichtung der Jüdischen Akademie in Frankfurt beteiligen. Es handelt sich hierbei um eine zentrale Bildungseinrichtung für die jüdischen Gemeinden in Deutschland. Angesichts der schrecklichen und abscheulichen Bilder aus Halle machen wir damit eines ganz klar deutlich: Jüdisches Leben ist bei uns herzlich willkommen! Wir wenden uns damit auch entschieden gegen jede Form des Antisemitismus in unserem Land! Hessen ist und bleibt ein weltoffenes und tolerantes Bundesland!

Anrede,

all diese Einzelmaßnahmen, die ich eben beschrieben habe, tragen mit dazu bei, dass die Ausgaben des Landes – bereinigt um den Effekt des Wegfalls des bisherigen Länderfinanzausgleichs – im Vergleich zu den Ansätzen des Haushalts 2019 insgesamt um 6,7 % wachsen.

Dabei sind es die hessischen Kommunen, die am meisten vom neuen Landeshaushalt profitieren. Insgesamt steigen die Leistungen an die Kommunen

von rd. 8,3 Mrd. Euro im laufenden Jahr auf rd. 9,2 Mrd. Euro im Jahr 2020 an. Allein das KFA-Ausgleichsvolumen erhöht sich im Haushaltsjahr 2020 gegenüber dem Vorjahr um 788 Mio. Euro auf fast sechs Milliarden Euro. Das ist schon ein sehr stolzes Plus von über 15 Prozent.

In dieser Summe ist auch die Starke Heimat Hessen mit rund 318 Mio. Euro enthalten. Aber auch ohne dieses Programm steigt das KFA-Ausgleichsvolumen im Jahr 2020 um rd. 9 % an. Ich finde daher, wir können mit Fug und Recht behaupten: Das Land und diese Landesregierung sind und bleiben ein starker und verlässlicher Partner der hessischen Kommunen.

Blendet man den Effekt des Länderfinanzausgleiches sowie die Mittel für den Kommunalen Finanzausgleich aus, steigen die Ausgaben des Landes nur um rd. 4,7 %. Dabei sind hohe absolute Ausgabenzuwächse bei den Personalausgaben des Landes zu verzeichnen. Sie liegen um knapp 600 Mio. Euro über dem Niveau des Jahres 2019. Gründe für den Anstieg sind zum einen die Auswirkungen der Tarif- und Besoldungsrunde 2019 sowie steigende Gesundheitskosten für unsere Landesbediensteten. Zudem spiegeln sich darin aber natürlich auch die hohen Stellenzuwächse bei Lehrern, Polizei, Justiz und in der Steuerverwaltung wider.

Ebenfalls kräftig wachsen die Investitionsausgaben des Landes. Sie steigen um fast 7 Prozent auf fast 2,5 Mrd. Euro. In dieser Summe sind etwa Mittel des Landesstraßenbauprogramms oder zur Förderung des Mietwohnungsbaus und des Städtebaus enthalten. Zusammen mit den stark steigenden Mitteln für die Kommunen leisten wir damit einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der wirtschaftlichen Entwicklung in unserem Land. Wir zeigen auch, dass hohe Investitionsausgaben und die Einhaltung der Schuldenbremse keine zwangsläufigen Gegensätze sind.

Die Probleme bei den Investitionsausgaben – und darauf habe ich schon mehrfach hingewiesen – liegen an einer ganz anderen Stelle. Es geht darum, dass die reservierten Mittel auch tatsächlich abfließen. Vor allem auf kommunaler Ebene, aber auch bei unseren Baubetrieben bestehen erhebliche Probleme, die zur Verfügung gestellten Mittel auch tatsächlich abzurufen. Dabei spielen einmal Kapazitätsengpässe eine Rolle. Häufig fehlt es aber auch schlicht an wirtschaftlich vertretbaren Angeboten. Zur Lösung dieser Situation gibt es kein Patentrezept. Wir werden jedoch prüfen, an welchen Stellschrauben wir als Land drehen können, um einen besseren Mittelabfluss zu erleichtern.

Spürbar dämpfend auf die Ausgabenentwicklung wirken sich die Zinsausgaben aus. Dabei haben wir die absurde Situation, dass wir mit der Aufnahme von Kassenkrediten mittlerweile Geld verdienen. Allein im laufenden Jahr wurde auf diese Weise der Landeshaushalt bis Ende September um rd. 6,8 Mio. Euro entlastet.

Diese Situation erfüllt mich allerdings nicht mit uneingeschränkter Freude. Sie birgt die Gefahr, dass sich die öffentlichen Haushalte – übrigens nicht nur hier in Deutschland – dauerhaft an das süße Gift niedriger Zinsen gewöhnen. Dadurch wird es aber für die Europäische Zentralbank immer schwerer, die notwendige Zinswende einzuleiten. Die Leidtragenden sind die Kleinsparer, die auf ihre mühsam erarbeiteten Ersparnisse keine Zinsen mehr erhalten. Dies gilt nicht zuletzt für die Altersvorsorge. Bei der privaten Altersvorsorge bietet es sich daher an, auch die Chancen des Aktienmarktes stärker in den Blick zu nehmen, als dies allgemein hin bisher der Fall war. Denn durch eine höhere Aktienquote und den daraus resultierenden besseren Renditechancen kann auch in der Niedrigzinsphase wirkungsvoll für das Alter vorgesorgt werden. An dieser Stelle erinnere ich auch an unser Modell der Deutschland-Rente, die zu einer dringend notwendigen weiteren Verbreitung der privaten Altersvorsorge beitragen kann.

Zugleich ist es auch richtig, dass wir uns für die Zeiten wappnen, in denen die Zinsen wieder steigen. Wir haben uns daher bewusst dazu entschieden, die Zinsänderungsrisiken im Landeshaushalt längerfristig abzusichern. Dadurch profitiert das Land weniger, wenn die Zinsen fallen. Im Gegenzug führen jedoch steigende Zinsen nicht sofort zu einem zusätzlichen Einsparbedarf im Landeshaushalt. Das kann man wieder finden. Es stärkt jedoch langfristig die Stabilität und Planungssicherheit im Landeshaushalt.

Noch einen abschließenden Punkt möchte ich kurz ansprechen, um die zu erwartende Diskussion gleich im Vorfeld zu versachlichen: Die Ausgaben für die Menschen, die hier bei uns in Hessen Schutz suchen, gehen auch im Jahr 2020 weiter zurück. Sie liegen allein in den Bereichen Landesaufnahmegesetz, Erstaufnahmeeinrichtungen und unbegleitete minderjährige Ausländer um rd. 100 Mio. Euro unter dem Wert des Nachtragshaushalts 2019. Keine Frage – für den Landeshaushalt bedeuten die flüchtlingsbezogenen Ausgaben noch immer eine erhebliche Belastung. Sie liegen jedoch mittlerweile um mehr als 900 Mio. Euro unter dem Spitzenwert des Jahres 2016.

Insgesamt steigen die Ausgaben des Landes im Jahr 2020 etwas stärker als die Einnahmen. Dennoch tilgen wir auch im Jahr 2020 wieder Altschulden in Höhe

von 100 Mio. Euro. Das alles wird möglich, weil wir in früheren Jahren sparsam gewirtschaftet und vorausschauend gehandelt haben. Wir nutzen damit die Finanzierungsspielräume, die wir uns nicht zuletzt durch unsere erfolgreiche Konsolidierungspolitik in den vergangenen Jahren selbst hart erarbeitet haben.

In diesem Zusammenhang und unter dem Stichwort „verantwortungsvolle Finanzpolitik gegenüber nachfolgenden Generationen“ möchte ich Ihnen Folgendes in Erinnerung rufen: Selbst das finanzpolitische Musterland Bayern hat mittlerweile eine massive Korrektur seiner Tilgungsziele angekündigt. An Stelle der für 2020 ursprünglich vorgesehenen Nettotilgung in Höhe von 750 Mio. Euro sollen jetzt nur noch 50 Mio. Euro zurückgezahlt werden. Zur Erinnerung: wir tilgen genau das Doppelte!

Anrede,

mit Blick auf die anstehenden Haushaltsberatungen habe ich natürlich die Debatten im Anschluss an die Veröffentlichung unseres Entwurfes genau angeschaut. In einem Atemzug die zu geringe Nettotilgung, die vorgesehenen Rücklagenentnahmen und die zu geringen Ausgaben beim Personal, für die Kommunen, für Investitionen zu beklagen, das passt nicht zusammen. Das

verstößt gegen die Grundrechenarten und hat aus meiner Sicht mit einer seriösen und glaubhaften Finanzpolitik wenig zu tun. Aber vielleicht erleben wir auch eine interessante Überraschung und alle geforderten Mehrausgaben werden mit konkreten und realistischen Gegenfinanzierungsvorschlägen kombiniert!

Anrede,

zum Schluss meiner Rede bleibt mir noch, mich bei den zahlreichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Ressorts sowie in meinem Haus für ihre überaus engagierte Arbeit zu bedanken. Durch ihren Einsatz konnten wir in diesem Jahr nicht nur den Nachtragshaushalt 2019 erstellen und verabschieden, sondern auch den Entwurf des Haushalts 2020 in den Landtag einbringen. Für diese herausragende Leistung gebührt ihnen – und da spreche ich in unser aller Namen – unser ganz herzlicher Dank!

Anrede,

Mit dem Haushalt 2020 und der mittelfristigen Finanzplanung bis 2023 legt die Hessische Landesregierung erneut einen im mehrfachen Sinne nachhaltigen Entwurf vor. Wir geben nachhaltige Antworten auf die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen, sei es im Klimaschutz, sei es bei der Bildung, sei es bei der Digitalisierung. Wir sorgen durch den kräftigen Aufwuchs des KFA und die Starke Heimat Hessen für eine weitere nachhaltige Stärkung der hessischen Kommunen. Und schließlich wahren wir durch die vorgesehene Schuldentilgung und den weiteren Aufbau der Versorgungsrücklage die Interessen künftiger Generationen. Sie sehen, wir belassen es beim Thema Nachhaltigkeit nicht bei bloßen Lippenbekenntnissen: in Hessen ist Nachhaltigkeit Programm!

Vor diesem Hintergrund freue ich mich auf engagierte und konstruktive Haushaltsberatungen und danke für Ihre Aufmerksamkeit!